

Anti-Atom-Aktionen am 21. März 2011 in Aschaffenburg

Am Montag, 21. März waren diesmal in über 700 Städten der Bundesrepublik mehr als 150.000 Menschen auf der Straße. In Aschaffenburg waren es etwa 500 (siehe Bericht unten) bei Mahnwache, Kundgebung und Demonstration. In den Medien wird jetzt sowohl das Ausmaß der Katastrophe in Fukushima kleingeredet, als auch der Widerstand gegen die Atompolitik nur am Rande erwähnt. Dabei steigt die Strahlenbelastung in Fukushima in einem Umkreis von 300 Kilometern massiv an, im Umkreis von 50 Kilometern liegt er beim 400fachen der normalen Strahlung, im 250 Kilometer entfernten Tokio beim zehnfachen. Breiten medialen Raum nehmen dagegen die Ablenkungsmanöver der Bundesregierung ein (dreimonatiges Moratorium, Atomenergie-Ethikkommission usw.).

Stilllegen - jetzt!

So hallte es durch die Straßen, als am 21. März 2011 in Aschaffenburg an die 500 Leute durch die Innenstadt zogen, um gegen die Atompolitik der Bundesregierung zu protestieren. Auch Sprechchöre wie „Aktiver Widerstand - keine AKWs im Land!“ und „Rettet die Umwelt vor der Profitgier!“ waren zu hören, dazu Trommeln und Pfeifen.

Zuvor wurde eine Mahnwache/Kundgebung durchgeführt, auf der zunächst das Mitgefühl und die Solidarität mit den Betroffenen in Japan ausgedrückt wurde. Protestlieder, Transparente und Plakate gaben der Kundgebung einen bunten Rahmen. Verschiedene Redner bekräftigten die Forderung nach der sofortigen Stilllegung aller AKWs. Die Lügen zur Rechtfertigung des Weiterbetriebs der AKWs wurden widerlegt, z.B. dass die Regierung jetzt mit ihrem Moratorium ernsthafte Lehren aus Fukushima ziehen will oder die Atomanlagen in Deutschland sicher seien bzw. sicher gemacht werden könnten. Aktiver Widerstand hat schon früher die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf gestoppt, aber auch vor kurzem erst verhindert, dass aus dem Hafenlohrtal ein großes Staubecken wird. Auch hieran wurde erinnert und damit die Sinnhaftigkeit von Anti-AKW-Aktionen belegt.

Auf der Abschlusskundgebung erklärten sich verschiedene Organisationen und Teilnehmer bereit, in einer Koordinierungsgruppe mitzuarbeiten, um diese montäglichen Proteste weiter zu organisieren, bis alle AKWs stillgelegt sind.

Das am 21. März erstmals mitgeführte Transparent „Gegen die Spaltung von Mensch und Atom – Für die soziale Revolution!“ war für die Polizei offensichtlich von besonderem Interesse. Nach Zeugenaussagen wurden in der Herallstraße das Transparent und die Transparentträger/innen (und nicht etwa die Kundgebung, die aus dieser Perspektive nicht zu sehen war) verdeckt aus einem Kleinbus heraus gefilmt und dann auch noch offen fotografiert.

Die Gesetzeslage sieht wie folgt aus: „Die Polizei darf bei oder im Zusammenhang mit Versammlungen Bild- und Tonaufnahmen oder -aufzeichnungen von Teilnehmern nur offen und nur dann anfertigen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass von ihnen erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung ausgehen.“ (Art. 9 Abs. 1 Bayerisches Versammlungsgesetz) In diesem Fall aber wurden die Aufzeichnungen nicht immer offen gemacht. Und es lag weder eine erhebliche Gefahr für Sicherheit und Ordnung noch überhaupt eine Gefährdung vor (zahlenmäßig kleine Gruppe beim Transparent, unvermummt, ohne jede Bewaffnung). Beobachter/innen sehen dies als Versuch der Einschüchterung, also als politische Arbeit der Polizei einerseits – und andererseits als besondere Form der Vorratsdatenspeicherung (vorsorgliche Erfassung von Personen mit unliebsamer Meinung).